

Der sächsische Erzähler,

Tageblatt für Bischofswerda, Stolpen und Umgegend.

Amtsblatt

der Kgl. Amtshauptmannschaft, der Kgl. Schulinspektion und des Kgl. Hauptzollamtes zu Bautzen, sowie des Kgl. Amtsgerichts und des Stadtrates zu Bischofswerda.

Erstausgabe jeden Montag abends für den folgenden Tag und...
Preis 1 Mark 20 Pf., bei Postzahlung mit 20 Pf. Mehr.
Einzelne Nummern kosten 10 Pf.
Kassener der Zeitungsverwaltung 8887.

Veranstaltungen Nr. 22.
Besprechungen werden bei allen Redaktionen des deutschen Reiches, für Bischofswerda und Umgegend bei unseren Zeitungsstellen, sowie in der Geschäftsstelle dieses Blattes angenommen. Schluß der Geschäftsstelle Abends 8 Uhr.
Dreimonatlicher Jahrgang.

Inserate, welche in diesem Blatte die weiteste Verbreitung finden, werden bis vorm. 10 Uhr angenommen, großes und komplizierte Anzeigen tags vorher, und kostet die viergespaltene Korpuszeile 12 J., die Restzeile 30 J.
Geringster Inseratbetrag 40 J.
Für Rückhaltung eingehender Manuskripte usw. keine Gewähr.

Dadurch wird bekannt gegeben, daß der approb. Tierarzt Herr Paul Arthur Seeger hier als Stellvertreter des städtischen Fleischbeschauers heute in Pflicht genommen worden ist.
Bischofswerda, am 4. Februar 1909.

Der Stadtrat.

Das deutsch-tschechische Problem in Oesterreich.

Schon seit Jahren wird das gesamte innere politische Leben in Oesterreich durch den scharfen Gegensatz zwischen den Deutschen und den Tschechen in Böhmen mehr oder weniger ungünstig beeinflusst, mehr und mehr spitzt sich der deutsch-tschechische Gegensatz zum wichtigsten Problem der inneren Politik des Donaukaisertums zu. In der Erkenntnis, daß es für eine gedeihliche Entwicklung der inneren Verhältnisse Oesterreichs vor allem erforderlich ist, den Nationalitätenfrieden in Böhmen endlich herzustellen, haben denn auch seit länger als einem Dezennium die verschiedenen österreichischen Regierungen daran gearbeitet, die deutsch-tschechischen Schwierigkeiten zu beseitigen. Aber immer wieder ist die Lösung dieser Aufgabe, wie auch die im vorigen Jahrzehnt zurückgelassenen Ministerpräsident v. Beck, scheiterte mit seinem ganzen Kabinett in diesem Bewähren, und auch sein Nachfolger, Freiherr v. Bienerth, der Chef des gegenwärtigen Beamtenministeriums in Oesterreich, wird kaum zweifelhaft in demselben Bestreben den nämlichen Mißerfolg verzeichnen müssen. Sein Versuch, dem deutsch-tschechischen Sprachenstreit durch eine Enquete über die Sprachverhältnisse in Böhmen beizukommen, ist gleich im ersten Stadium gescheitert, und auch das neue Unterfangen Herrn v. Bienerths, auf dem Wege der von ihm ausgearbeiteten Gesetzentwürfe über den Gebrauch der inneren Dienstsprache wenigstens eine Art Kompromiß zwischen den deutschen und den tschechischen Forderungen in der Sprachenfrage zu schaffen, nimmt sich wenig erfolgversprechend aus. Das Ende vom Liede wird vermutlich sein, daß auch die Bienerth'sche Beamtenregierung in der Verfertigung verfehlt, ohne irgend etwas zur Lösung des deutsch-tschechischen Problems beigetragen zu haben.

Aber freilich, wie sollte auch eine halbwegs gerechte und objektive Beilegung des schweren Konfliktes zwischen Deutschland und Tschechien gelingen, wenn die jeweiligen Regierungen immer nur auf die Stimmungen und Forderungen im Tschechenlager Rücksicht nehmen! Von den Zeiten des berühmten „Veröhnungsgrafen“ Laaffe an bis zur jüngsten Gegenwart herab hat noch fast jedes österreichische Ministerium bald verfehlt, bald offen mit den Herren Tschechen geliebäugelt und kokettiert, ist es ihren unerschämten nationalen Aspirationen und Begehrlichkeiten mehr oder weniger entgegengekommen. Auch das jetzige Kabinett Bienerth steuert, obwohl es doch kaum erst ein paar Monate im Amte ist, schon flott den tschechenfreundlichen Kurs, was eine ganze Reihe von Vorgängen eklatant beweisen. Was Wunder, wenn da dem kleinen Tschechenvolke der Kamm immer höher schwillt, wenn sich die Tschechen in ihrem Deutschenhaß Ausschreitungen zu leisten wagen, wie solche namentlich fortgesetzt in der brutalen Deutschenbege in Prag ihren Kulminationspunkt erreichten! Erwägt man die überaus schwächliche Haltung der zuständigen Behörden gegenüber den empörenden Prager Vorgängen und überhaupt gegenüber dem gesamten frechen, anmaßenden Auftreten des Tschechentumes, so kann man sich der Besorgnis nicht erwehren, daß

in Oesterreich auch weiterhin das tschechenfreundliche Regime auf Unkosten der Deutschen vorherrschend sein wird. Eine Fortdauer dieser Politik muß aber zweifellos alle Deutschen Oesterreichs eines Tages in eine erbitterte Opposition gegen die Regierung treiben, während der tschechen- und überhaupt slavenfreundliche Kurs in Oesterreich andererseits das Bündnis des Donaukaisertums mit dem Deutschen Reiche ernstlich zu gefährden droht. Wenn in Wien einsichtsvolle und energische Staatsmänner am Ruder wären, so hätten sie dem präventivsten Tschechentume sicherlich schon längst einen rechten Raps auf das große R—undwerk gegeben! Δ

Deutsches Reich.

Der Kaiser empfing am Dienstag vormittag den Reichstagspräsidenten Fürsten Bülow zu einem längeren Vortrage über den Inhalt desselben verlaute noch nichts bestimmtes. Am Mittwoch abend fand im Berliner Residenzschlosse in Fortsetzung der Winterfestlichkeiten am kaiserlichen Hofe Ball beim Kaiserpaare statt. Im übrigen ist man am Berliner Hofe eifrig mit den Vorbereitungen zum Empfange des englischen Königspaares beschäftigt, nachdem nunmehr nicht nur der Tag, sondern auch die Stunde der Ankunft der hohen Gäste in Berlin bestimmt feststeht. Allerdings soll auch jetzt noch keine spezielle Nachricht darüber vorliegen, ob die Königin Alexandra ihren erlauchtesten Gemahl auf der Berliner Reise begleiten wird, indessen gilt dies als zweifellos. Auch die Berliner städtischen Behörden treffen ihre Zurechtweisungen für den englischen Königsbesuch, in erster Linie, was die festliche Auskürmigung der Eingangsstraße und des Rathhauses anbelangt.

Das unter dem Protektorat der deutschen Kaiserin stehende Hilfskomitee für Südtalitanien teilt mit, daß das rheinische Hilfskomitee die Beschaffung weiterer 150 Betten übernommen hat. Diese dienen zur Vervollständigung der gleichfalls von Köln aus entsandten Holzbaracken, die dem italienischen Roten Kreuz überwiehen sind und in Calabrien Aufstellung finden werden. Vom Lübecker Komitee ist eine sechste Sendung Liebesgaben aller Art nach Taormina unterwegs. Als Ertrag der Sammlungen in Elbfisch-Dothringen hat der Statthalter Graf Wedel dem Komitee weitere 20 000 M überwiesen, so daß aus den Reichslanden im ganzen über 45 000 M dem Komitee zugegangen sind. Die Stadthauptkasse Leipzig führte aus den dort gesammelten Beträgen 20 000 M dem Berliner Fonds zu. Weitere Spenden sind erbeten.

Das preussische Staatsministerium hielt am Dienstag unter Vorsitz des Ministerpräsidenten Fürsten Bülow eine Sitzung ab. Ueber die in ihr verhandelten Fragen ist noch nichts berichtet worden.

In der Finanz- und Steuerkommission des Reichstags hat zur Stunde der Redekampf um die Nachlasssteuer begonnen, dessen Ausgang von erheblicher Bedeutung für die schließliche Gestalt des Schicksals der ganzen Reichsfinanzreform werden dürfte. Bemerkenswert ist eine ersichtlich von hochoffiziöser Berliner Seite stammende Erklärung in der „Köln. Stg.“, wonach die in agrarischen Blättern aufgetauchte Nachricht, die Regie-

rung sei bereit, in der Frage der Nachlasssteuer ihre Stellung zu ändern, jeder Begründung entbehrt. Die erwähnte Erklärung versichert, die Regierung halte entschieden an der Nachlasssteuer fest, was allerdings ganz begreiflich wäre, denn die von agrarischer Seite vorgeschlagenen Steuerfurrogate für die Nachlasssteuer könnten in ihrer finanziellen Wirkung die letztere Steuer noch lange nicht ersetzen. Trotzdem wissen freisinnige Blätter bereits von einer Art Kompromiß zwischen der Regierung und den parlamentarischen Gegnern der Nachlasssteuer zu berichten, der sich hauptsächlich in der Richtung einer geringeren Besteuerung der Nachlässe für Kinder und Ehegatten und weiter einer höheren Summe für den Beginn der Nachlasssteuer als von 20 000 Mark an bewegen soll. Nun, man wird ja jetzt sehen, was es mit diesem behaupteten halben Umfalle der Regierung in der Frage der Nachlasssteuer eigentlich auf sich hat!

Der dem Reichstage vorgelegte Entwurf eines Automobilgesetzes gilt als gefährdet. Es sollen in der ersten Beratung dieser Vorlage durch die zuständige Reichstagskommission derartige Meinungsverschiedenheiten mit der Regierung hervorgerufen sein, daß an einen Ausgleich angeblich kaum noch zu denken ist. Sollte auch das Plenum den Anschauungen der Regierung in der Angelegenheit des Automobilgesetzentwurfes keine Rechnung tragen, so wäre sein Scheitern zweifellos. Ueber die betreffenden Schwierigkeiten selbst wird jedoch noch nichts näheres mitgeteilt.

Deutsche Frauen, deutsche Treue, deutscher Wein und deutscher Sang. Seit einigen Jahren ist eine an sich sehr dankenswerte Bewegung entstanden, der Verbreitung von Totenliedern und Gassenbauern im deutschen Deere entgegenzuarbeiten. Jetzt ist ein Soldatenliederbuch erschienen, „Hundert Lieder“, herausgegeben vom Christlichen Soldatenbund in Württemberg. Daß man aber das Kind auch mit dem Bade ausschütten kann, zeigt dies Büchlein, dessen Kritik der „Türmer“, also beginnt:

„Wir blättern der Reihe nach durch und kommen gar nicht erst bis zu den Liebesliedern, die hier vorsichtig unter „Natur- und Wanderlieder“ und „Freundschaftslieder“ untergebracht sind. In unserem herrlichen „Deutschland, Deutschland über alles“ sind in den ersten Versen der zweiten Strophe: „Deutsche Frauen, deutsche Treue, deutscher Wein und deutscher Sang“ die Frauen und der Wein durch „Sitte“ und „Mut“ ersetzt. Man hätte doch auch lieber gleich die Treue weglassen und statt dessen „Vorlicht“ eingeschoben sollen...“

Es sieht danach aus, als ob der „Christliche Soldatenbund“ auch unser schönes Vaterlandslied unter die Gassenhauer und Totenlieder rechnet. Goffentlich sorgt man dafür, daß diese Art von Volks-erziehern von unseren Soldaten ferngehalten werden.

Nach einer am Dienstag in Mainz abgehaltenen Versammlung zogen 500 bis 600 Arbeitslose vor das Rathaus und verlangten demonstrativ eine Arbeitslosenversicherung, sowie Barunterstützungen, die nicht als Armenunterstützungen gelten sollten. Auf die Aufforderung der Polizei ging die Menge ruhig auseinander.